

Luxemburg, den 7. Juni 2013

Pressemitteilung

DP wird Vertrauensfrage im Parlament stellen

Die Summe der Affären rund um den SREL und die „Bommenleeër“ hat zu einem enormen Vertrauensverlust zwischen den Institutionen aber auch zwischen der Regierung und den Bürgern geführt. Keine Regierung kann ohne dieses grundsätzliche Vertrauen auskommen. Eine Regierung muss über jeden Zweifel erhaben sein, dass sie zu jedem Moment die elementaren Regeln unseres Rechtsstaats eingehalten hat bzw. alles dafür getan hat, dass diese auch von den ihnen unterstellten Institutionen und Staatsdienern befolgt werden. Dieses Vertrauen ist nicht mehr gegeben.

Um weiteren Schaden von unserem Rechtsstaat abzuwenden, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, verlorenes Vertrauen in die Institutionen zurückzugewinnen, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich unser Land mit ganzer Kraft seinen großen Herausforderungen stellen kann, wird die DP kommende Woche die Vertrauensfrage im Parlament stellen.

Die DP ist in der Tat erschüttert darüber, in welchem Maß das Vertrauen zwischen der Regierung, dem Parlament und - wie sich nun herausstellt - auch der Justiz zerrüttet ist. Die Aussagen, die Generalstaatsanwalt Robert Biever und die Untersuchungsrichterin in der Bommeleeër-Affäre, Doris Woltz, im Justizausschuss heute Morgen getätigt haben, belegen, dass sie keine Unterstützung für ihre Arbeit im Zusammenhang mit der „Bommeleeër“-Affäre seitens des damaligen Justizministers Frieden bekommen haben. Dieser habe sogar wiederholt deutlich gemacht, dass er die Arbeiten der Staatsanwaltschaft als nicht opportun ansehen würde. Und dies bei einer der größten Affären, die das Land je erlebt hat.

Damit reiht sich der damalige Justizminister in die Argumentation ein, die u.a. der ehemalige Polizeidirektor Pierre Reuland gegenüber den Ermittlern in der „Bommeleeër“-Affäre hat anklingen lassen und die auf Druck der Staatsanwaltschaft und des Parlaments zu seiner Absetzung geführt haben.



DEMOKRATESCH
PARTEI

5, rue du St. Esprit
L-1475 Luxembourg

Tel. : 22 10 21

Fax : 22 10 13

dp@dp.lu

www.dp.lu

Des Weiteren stellt die DP in der Geheimdienstaffäre fest, dass das Parlament mehrfach vom Geheimdienst aber auch vom Staatsminister über schwere Missstände nicht oder nur lückenhaft informiert worden ist. Die Aktivitäten des SREL haben in den vergangenen Jahren die Fundamente des Rechtsstaates dermaßen untergraben, dass sich die Frage nach der politischen Verantwortung unweigerlich stellt.

Justiz und Parlament wurden bei ihren Bestrebungen, die „Bommeleeër“ und Geheimdienstaffäre aufzuklären, nicht bedingungslos von der Regierung unterstützt. Disziplinarische Maßnahmen gegen die Verantwortlichen der Missstände, aber auch gegen diejenigen, die die Aufklärung behindert haben, wurden nur in den seltensten Fällen ergriffen.

Dieses Handeln hat zu einer Untergrabung von fundamentalen rechtsstaatlichen Prinzipien, einem Vertrauensverlust zwischen den Institutionen und der Regierung gegenüber den Bürgern geführt.

Die Demokratische Partei ist allerdings der Ansicht, dass das Land mehr denn je eine handlungsfähige Regierung braucht, die sich auf gut funktionierende Institutionen und das Vertrauen der Bürger sowie aller staatlichen Akteure stützen kann, um die großen finanziellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich für die Zukunft des Landes stellen, anpacken zu können.

Für weitere Fragen kontaktieren Sie bitte DP-Parteipräsident
Xavier Bettel